

presse

Keine Sparpolitik zu Lasten der Verkehrssicherheit – kein Führerschein mit 16

Anlässlich der Vorschläge aus den Kreisen der CDU den Führerschein mit 16 einzuführen, um Jugendliche im ländlichen Raum mobil zu machen, erklärt die stellvertretende Sprecherin der AG Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der SPD-Bundestagsfraktion Kirsten Lühmann:

Die CDU diskutiert derzeit, den Führerschein mit 16 einzuführen, um Jugendlichen im ländlichen Raum den Weg zur Arbeit zu erleichtern. Die CDU verstößt damit gegen ihr eigenes Verkehrssicherheitsprogramm, das eine Reduzierung der Verkehrsunfälle gerade bei der Hochrisikogruppe junger Fahranfänger vorschreibt, erklärt Kirsten Lühmann.

Wer das Problem der unzureichenden Busverbindungen im ländlichen Raum damit lösen will, Jugendliche bereits mit 16 ans Steuer zu lassen, handelt unverantwortlich und gefährdet die Sicherheit auf unseren Straßen. Wir haben mit dem begleiteten Fahren ab 17 bundesweit eine gute Lösung, mit der Jugendliche Erfahrung und Sicherheit im Verkehr gewinnen können. Da besteht kein aktueller Handlungsbedarf.

Die CDU diskutiert derzeit, den Führerschein mit 16 einzuführen, um Jugendlichen im ländlichen Raum den Weg zur Arbeit zu erleichtern. Damit die jungen Leute eine Alternative zum dünnen öffentlichen Verkehrsangebot haben, sollen sie unter Einhaltung eines besonderen Sicherheitstempolimits selbstständig mit dem Auto fahren können, so die Überlegungen.

Die Ergebnisse der Unfallforschung sind eindeutig. Junge Autofahrende sind überproportional am Unfallgeschehen beteiligt. Die 18- bis 24-Jährigen verursachen fast ein Viertel aller Pkw-Unfälle mit Verletzungen oder Todesfällen. Und das, obwohl die Gruppe der Jungen nur acht Prozent an der Bevölkerung

ausmachen. Mit noch jüngeren Pkw-Fahrenden werden die Zahlen noch dramatischer ausfallen. Die CDU verstößt damit gegen ihr eigenes Verkehrssicherheitsprogramm, das eine Reduzierung der Verkehrsunfälle gerade bei der Hochrisikogruppe junger Fahranfänger vorschreibt.

Dass die Jugendlichen mit ihren Autos besonders im ländlichen Raum unterwegs sein sollen, verschärft die Situation noch erheblich. Gerade hat die Bundesregierung eine Kampagne für die Landstraße "Runter vom Gas" gestartet, da hier das Unfallrisiko am höchsten ist. Und in dieses Risiko sollen jetzt noch die unerfahrenen Jugendliche kommen - hier hat jemand nicht nachgedacht.

Verkehrsexperten von der Unfallforschung der Versicherer (UDV), dem Allgemeinen Deutschen Autofahrerclub (ADAC) und der Bundesvereinigung der Fahrlehrerverbände teilen die Einschätzung zum Führerschein mit 16, auch eine Geschwindigkeitsbegrenzung würde die zusätzlichen Risiken nicht beseitigen.

Es ist Aufgabe der Politik, das Angebot öffentlicher Verkehrsmittel zu verbessern. Diese Aufgabe darf nicht zu Lasten der Verkehrssicherheit auf den Individualverkehr abgewälzt werden.